

Zusammenfassung der Ergebnisse des moderierten Prozesses zur weiteren Förderung von Jugendwerkstätten in Niedersachsen

Jugendwerkstätten arbeiten an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Arbeitsmarktförderung. Das Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt, das am 01. April 2012 in Kraft getreten ist, machte für die Jugendwerkstätten eine Neuausrichtung auf andere arbeitsmarktpolitische Instrumente erforderlich. Um die Umstellung der Förderung der Jugendwerkstätten mit einem gemeinsamen Verständnis und bezogen auf die Grundzüge einheitlich und rechtmäßig zu gestalten, wurde im Rahmen eines moderierten Prozesses unter Federführung des Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), des Niedersächsischen Sozialministeriums und der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen (BA) abgeklärt, auf welcher Rechtsgrundlage des neuen Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt die weitere Förderung von Jugendwerkstätten erfolgen kann. An dem Abstimmungsprozess waren die Jugendwerkstätten, die Jobcenter (gE und zkT), die kommunalen Spitzenverbände, das niedersächsische Wirtschaftsministerium, die freie Wohlfahrtspflege und die NBank beteiligt.

Ziel des moderierten Prozesses war es, die Möglichkeiten zur weiteren Förderung von Jugendwerkstätten ausführlich zu beschreiben. Dabei bildete die Umstellung der bisherigen Förderung im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten auf die regelmäßig besser geeigneten Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nach § 16 Zweites Buch Sozialgesetzbuch - Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) i. V. m. § 45 Drittes Buch Sozialgesetzbuch - Arbeitsförderung (SGB III) den Schwerpunkt der Gespräche.

Im Folgenden werden daher die wesentlichen Ergebnisse aus den moderierten Gesprächen zur weiteren Förderung der Jugendwerkstätten in Niedersachsen auf der Grundlage von § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III zusammengefasst dargestellt. Die Ausführungen geben die gemeinsame Position des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration und der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit zur weiteren Förderung von Jugendwerkstätten wieder. Für detailliertere Ausführungen wird auf die veröffentlichten Protokolle zu den einzelnen Sitzungen verwiesen. Das vorliegende Kompendium stellt insoweit eine zusammenfassende Information zum Abschluss des moderierten Übergangsprozesses dar. Es soll insbesondere externen an der Fortführung der Jugendwerkstätten beteiligten Akteuren eine übersichtliche Informationsquelle für die Gestaltung des Übergangs auf die neue

Fördergrundlage des § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III bieten. Es handelt sich insoweit um eine einmalige Auflage.

Die Förderung von Maßnahmen in Jugendwerkstätten auf der Grundlage anderer Eingliederungsleistungen des SGB II wird im vorliegenden Kompendium nicht thematisiert. Soweit Jobcenter die Notwendigkeit einer anderen Förderung sehen, wird für die praktische Umsetzung auf die einschlägigen - für die gemeinsamen Einrichtungen verbindlichen - fachlichen Hinweise der Bundesagentur für Arbeit verwiesen.

I. Zielgruppenbeschreibung

In Jugendwerkstätten sollen junge erwerbslose Menschen mit Eingliederungshemmnissen und besonderem sozialpädagogischen Förderbedarf, bei denen ein direkter Übergang in den Arbeits- oder Ausbildungsmarkt nicht zu erwarten ist, durch arbeitsmarktorientierte Qualifizierung, Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, Beratung, Bildung, persönliche Stabilisierung, soziale Integration und Bewältigung individueller Probleme auf Ausbildung, Beruf oder Angebote der beruflichen Integration nach dem SGB II und dem SGB III vorbereitet werden. In Jugendwerkstätten können auch Schülerinnen und Schüler mit fehlender Lernmotivation durch die Nutzung alternativer, außerschulischer Lernorte in Einzelfällen sozial, schulisch und beruflich wiedereingegliedert werden. Voraussetzung hierfür ist die Finanzierung durch zuständige Leistungsträger:

Im Hinblick auf Fördermöglichkeiten im Rahmen des SGB II ist die Zielgruppe wie folgt zu konkretisieren:

- Junge Menschen vor Vollendung des 15. Lebensjahres gehören zum Personenkreis der nichterwerbsfähigen SGB II - Leistungsberechtigten. Eine Eingliederung in Arbeit oder Ausbildung kommt für diesen Personenkreis nicht in Betracht; eine Förderung aus Mitteln des SGB II ist ausgeschlossen.
- Im Rahmen der üblichen Maßnahmegestaltung „Jugendwerkstatt“ mit in der Regel mindestens 15 stündiger wöchentlicher Teilnahmezeit kommt eine Förderung für junge Menschen nach Vollendung des 15. Lebensjahres erst nach dem Ende der Vollzeitschulpflicht in Betracht. Voraussetzung ist, dass diese zu den Leistungsberechtigten nach § 7 SGB II gehören.
- Soll die Teilnahme in der Jugendwerkstatt der Erfüllung der Vollzeitschulpflicht dienen, kommt eine Förderung aus dem SGB II ebenfalls nicht in Betracht.

II. Aufgaben und Leistungen der Jugendwerkstätten und deren grundsätzliche Förderfähigkeit im Rahmen des SGB II

Vorbemerkung:

Die inhaltliche Ausgestaltung von Maßnahmen in Jugendwerkstätten kann unter Berücksichtigung der lokalen Bedarfe unterschiedlich ausfallen. Die nachfolgenden Inhalte können in den jeweiligen Maßnahmen angeboten werden, soweit die verantwortlichen Kostenträger hierfür einen Bedarf sehen und diesen über die Maßnahmen in Jugendwerkstätten decken wollen. Die Jobcenter übernehmen die Verantwortung für die förder- und finanzierungsrechtlich rechtmäßige Umsetzung.

Beschäftigung

Ein zentrales Element der Jugendwerkstätten ist die sinnstiftende Beschäftigung der jungen Menschen.

Zur Förderung von Maßnahmen mit Anteilen sinnstiftender Tätigkeiten ist auf Folgendes hinzuweisen:

Sinnstiftende, produktionsorientierte oder marktnahe Arbeiten von Teilnehmern an Maßnahmen nach § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III können elementarer Bestandteil einer erfolgreichen Heranführung an den Arbeitsmarkt sein, gerade wenn diese Arbeiten entsprechend der zugelassenen bzw. in der Leistungsbeschreibung festgelegten Maßnahmekonzeption beim Maßnahmeträger selbst durchgeführt werden. Dabei ist die Ausübung der sinnstiftenden Tätigkeiten nicht ausschließlich auf die Räumlichkeiten des Maßnahmeträgers begrenzt. Abhängig von der Art des produktionsorientierten Ansatzes kann auch eine Verrichtung außerhalb der Räumlichkeiten des Maßnahmeträgers sinnvoll sein. Gleichwohl bleibt es bei der ausschließlichen Zuständigkeit des Maßnahmeträgers für die Durchführung der Maßnahme und für die Betreuung der Teilnehmer. Sollen produktionsorientierte Tätigkeiten bei einem Dritten (z. B. Kooperationsbetrieb oder andere Einrichtung des Trägers) durchgeführt werden, gelten die in § 16 SGB II i. V. m. § 45 Absatz 2 Satz 2 SGB III bzw. die in § 16 Absatz 3 Satz 2 SGB II geregelten zeitlichen Grenzen für Maßnahmen oder Maßnahmeteile bei einem Arbeitgeber. Diese betragen regulär sechs Wochen, bei Jugendlichen mit besonderen Vermittlungshemmnissen maximal zwölf Wochen je Arbeitgeber.

Sofern sinnstiftende Arbeiten oder Tätigkeiten beim Träger dazu dienen, personenbezogen die Fertigkeiten und Fähigkeiten des Teilnehmers festzustellen, zu aktivieren oder zu entwickeln bzw. vermittelte berufliche Kenntnisse praktisch zu erproben, unterliegen diese keiner zeitlichen Begrenzung nach dem Gesetzeswortlaut des § 45 SGB III bzw. des § 16 SGB II. Der zeitliche Umfang der Ausübung praktischer

sinnstiftender Tätigkeiten in Maßnahmen richtet sich nach den individuellen Eingliederungserfordernissen. Dies setzt voraus, dass die Ausübung dieser Tätigkeiten in ein Gesamtkonzept zur Betreuung und Unterstützung mit dem Ziel der Heranführung an den Arbeitsmarkt eingebettet ist. Dabei muss der aktivierende Ansatz der praktischen sinnstiftenden Tätigkeiten im Vordergrund stehen und nicht die Erzielung wirtschaftlicher Ergebnisse. Führen die Tätigkeiten zu wirtschaftlich verwertbaren Ergebnissen, sind die Einnahmen oder geldwerten Vorteile hieraus von den Maßnahmekosten abzusetzen.

Im Maßnahmeverlauf ist es erforderlich, dass parallel zur praktischen Tätigkeit die eigentlichen Maßnahmeinhalte fortgesetzt werden (z. B. Aktivierungsinhalte, Kenntnisvermittlung, Feststellung von Vermittlungshemmnissen, Eingliederungsbemühungen usw.). Dies muss sich auch in der konkreten Ausgestaltung der Maßnahmekonzeption widerspiegeln.

Näheres zu den Voraussetzungen für die Kenntnisvermittlung in Maßnahmen - siehe Ausführungen unter Qualifizierung.

Darüber hinaus dürfen die sinnstiftenden Arbeiten nicht zu einer Wettbewerbsverzerrung führen, die von der regionalen Wirtschaft als Beeinträchtigung gewertet wird. Der Maßnahmeträger ist zu verpflichten, für den jeweiligen Schwerpunkt der sinnstiftenden Arbeiten eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Kammer bzw. des zuständigen Verbandes vorzulegen oder in sonstiger geeigneter Weise nachzuweisen, dass eine Beeinträchtigung der regionalen Wirtschaft nicht gegeben ist.

Liegt eine Unbedenklichkeitsbescheinigung (o. ä.) nicht vor, gelten analog die in § 16 SGB II i. V. m. § 45 Absatz 2 Satz 2 SGB III bzw. die in § 16 Absatz 3 Satz 2 SGB II geregelten zeitlichen Grenzen für Maßnahmen oder Maßnahmeteile bei einem Arbeitgeber.

Zahlung von Aufwands- oder Motivationsprämien

Die Zahlung von so genannten Aufwands- oder Motivationsprämien ist ausgeschlossen. Für erwerbsfähige Leistungsberechtigte besteht die gesetzliche Pflicht, aktiv an allen Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung teilzunehmen (§ 2 SGB II). Eine Gewährung von „Prämien“ für eine Maßnahmeteilnahme ist mit dieser gesetzlichen Verpflichtung nicht vereinbar. Im Rahmen der Förderung von Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung können ausschließlich die tatsächlich entstehenden Kosten übernommen werden, die im Zusammenhang mit der Maßnahmeteilnahme entstehen. Die Kosten können übernommen werden, sofern sie angemessen und für die berufliche Eingliederung

notwendig sind. Sog. Aufwandsprämien oder Prämien als Anreize für die Teilnahme an der Maßnahmen sind keine Kosten, die mit der Maßnahmeteilnahme entstehen.

Qualifizierung

Die Qualifizierung im Rahmen der Jugendwerkstätten könnte in folgenden Bereichen stattfinden:

Vermittlung von Fachkenntnissen und beruflichen Inhalten

§ 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III bietet die Möglichkeit einer beruflichen Kenntnisvermittlung bis zu einer Dauer von acht Wochen (§ 16 SGB II i. V. m. § 45 Absatz 2 Satz 3 SGB III). Für die Abgrenzung der beruflichen Kenntnisvermittlung von sogenannten niederschweligen Qualifizierungsangeboten gilt Folgendes:

Die Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sind grundsätzlich nicht zeitlich begrenzt, die Dauer muss lediglich dem Zweck und Inhalt der Maßnahme entsprechen. Ausnahmen von diesem Grundsatz bestehen bei Maßnahmen oder Maßnahmeteilen zur Vermittlung von beruflichen Kenntnissen (max. acht Wochen). Die zeitliche Begrenzung für Maßnahmen oder Maßnahmeteile zur beruflichen Kenntnisvermittlung dient der sachgerechten Abgrenzung zur Förderung der beruflichen Weiterbildung. Zur beruflichen Kenntnisvermittlung zählen sowohl die Vermittlung fachtheoretischer als auch fachpraktischer Inhalte, die auf die Ausübung eines Berufes oder einer beruflichen Tätigkeit vorbereiten. Im Unterschied dazu werden Maßnahmen oder Maßnahmeteile zur Feststellung, Aktivierung oder Entwicklung von personenbezogenen Fertigkeiten und Fähigkeiten oder zur Feststellung von beruflichen Kenntnissen sowie die praktische Erprobung der vermittelten beruflichen Kenntnisse von der auf acht Wochen begrenzten Kenntnisvermittlung nicht erfasst. Inhalte und Zuordnung (Maßnahmeteile zur Feststellung, Aktivierung oder Entwicklung von personenbezogenen Fähigkeiten oder Fertigkeiten in Abgrenzung zu Maßnahmeteilen Kenntnisvermittlung) sind in der Konzeption und tatsächlichen Durchführung nachvollziehbar zu dokumentieren.

Allgemeinbildende Inhalte / Nachholen des Hauptschulabschlusses

Die Jobcenter können nach § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung auch mit allgemeinbildenden Inhalten bzw. Inhalten einrichten/beauftragen, für die andere Leistungsträger zuständig sind, solange diese Inhalte nicht alleiniger Bestandteil der Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sind. Allerdings sind die klaren gesetzlichen Regelungen zum Rechtsanspruch auf Vorbereitung auf den nachträglichen Erwerb eines

Hauptschulabschlusses im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme oder der Förderung der beruflichen Weiterbildung zu beachten.

Sprachförderung

Die Förderung der Erlangung allgemeinsprachlicher Deutschkenntnisse bei Ausländern und Deutschen mit Migrationshintergrund ist nach § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III nicht möglich. Für die Durchführung von allgemeinsprachlichen Deutschkursen besteht eine klare gesetzliche Zuständigkeitsregelung: Die Vermittlung allgemeinsprachlicher Deutschkenntnisse erfolgt im Rahmen von Integrationskursen nach § 43 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und der nach § 43 Abs. 4 AufenthG erlassenen Integrationskursverordnung. Zuständig für die Durchführung ist das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (§ 43 Absatz 3 Satz 2 AufenthG).

Abgesehen von dieser spezifischen und vorrangigen Förderung des BAMF gilt unbenommen, dass auf Grundlage der vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente die Träger der Grundsicherung im Rahmen ihrer Möglichkeiten betroffene Kundinnen und Kunden individuell unterstützen können, so können im Einzelfall Alphabetisierungsangebote Bestandteil von Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung sein.

Die Vermittlung von berufsbezogenen Sprachkenntnissen (Deutsch oder Fremdsprache) kann Bestandteil von Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nach § 16 i. V. m. § 45 SGB III sein. Als Kenntnisvermittlung ist die Vermittlung von berufsbezogenen Sprachkenntnissen auf die Dauer von acht Wochen begrenzt. Eine darüber hinausgehende Vermittlung berufsbezogener Sprachkenntnisse kann im Rahmen der Förderung der beruflichen Weiterbildung unter den Voraussetzungen von § 16 SGB II i. V. m. §§ 81 ff. SGB III erfolgen.

Zu weitergehenden Möglichkeiten der Vermittlung berufsbezogener Sprachkenntnisse ist auf die spezifischen Sprachkurse des ESF-geförderten Programms zur berufsbezogenen Sprachförderung für Personen mit Migrationshintergrund (ESF-BAMF-Programm) zu verweisen.

Berufliche Orientierung

Wesentliche Elemente im Rahmen einer Jugendwerkstatt könnten:

- Kompetenzfeststellung,
- Arbeitserprobung

sein.

Für die Durchführung von beruflicher Orientierung ist auf die gesetzlichen Regelungen zur klassischen Berufsorientierung gem. § 33 SGB III hinzuweisen. Die Agentur für Arbeit hat nach § 33 SGB III zur Vorbereitung der jungen Menschen [und Erwachsenen] auf die Berufswahl sowie zur Unterrichtung der Ausbildungsuchenden, [...] Berufsorientierung zu betreiben. Die Jobcenter können Berufsorientierung als Dienstleistung anbieten.

Maßnahmen der vertieften Berufsorientierung sind gesetzlich für Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen ab 1. April 2012 ausschließlich als Aufgabe im SGB III definiert (§ 48 SGB III). Die Förderung von Berufsorientierungsmaßnahmen in Jugendwerkstätten aus Mitteln des SGB II ist daher ausgeschlossen.

Sofern in Maßnahmen die Möglichkeiten eingerichtet werden sollen, sich in Berufszweigen zu erproben, sich an Materialien und Werkzeugen auszuprobieren (im Sinne einer allgemeinen beruflichen Orientierung), kann dies Bestandteil in Maßnahmen nach § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III sein. Dabei ist zu beachten, dass eine Förderung von vollzeitschulpflichtigen Jugendlichen über § 45 SGB III ausgeschlossen ist. Auch Kompetenzfeststellungen in diesem Sinne können grundsätzlich zulässige Inhalte von Maßnahmen nach § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III sein. In jedem Fall ist der Förderausschluss nach § 16 SGB II i. V. m. § 45 Absatz 2 Satz 4 SGB III zu beachten. Danach dürfen auch weiterhin keine Maßnahmen gefördert werden können, die der Berufsausbildung dienen.

Sozialpädagogische Begleitung

Sozialpädagogische Begleitung im Rahmen der Jugendwerkstätten könnte in folgenden Bereichen stattfinden:

- individuelle Förderplanung,
- Elternarbeit, Familienarbeit,
- längerfristige Beziehungsarbeit,
- Sozialpädagogische (Gruppen)Aktivitäten,
- Erlebnis- und Freizeitangebote,
- Berufs- und Lebensplanung,
- aufsuchende Arbeit,
- Coaching,
- Casemanagement (soweit über die Kernaufgabe des Jobcenters hinausgehend und nicht als Ersatz)
- institutionelle und persönliche Netzwerkarbeit.

Eine abschließende Zuordnung der gesetzlichen Fördermöglichkeiten nach dem SGB II, SGB VIII oder anderen Leistungsträgern ist in den meisten Aufgabenbereichen nicht

möglich. Die Förderfähigkeit und grundsätzliche Kostenträgerschaft ergibt sich grundsätzlich in Verbindung mit der inhaltlichen Ausrichtung und dem Ziel, welches mit dem Einsatz der sozialpädagogischen Leistung angestrebt wird. So ist bspw. „Elternarbeit“ in Verbindung mit dem Ziel, die Eltern bei der beruflichen Förderung und Integration in Ausbildung einzubeziehen, ein Ansatz im Rahmen des SGB II. Soweit die „Elternarbeit“ mit dem Ziel verfolgt wird, die Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungs- und Fürsorgeauftrags zu unterstützen und zu befähigen ist das SGB VIII als vorrangiger Leistungsträger anzusehen.

Erlebnis- und Freizeitangebote können über das SGB II nicht, über das SGB VIII nur begrenzt gefördert werden.

Eine Auslegung und Entscheidung ist im Rahmen der jeweiligen Verantwortung, die Mittel rechtmäßig und wirtschaftlich einzusetzen, unter Berücksichtigung der individuellen Gestaltung der lokalen Maßnahme „Jugendwerkstatt“ durch die verantwortlichen Kostenträger zu treffen und nachvollziehbar zu dokumentieren.

Für die Unterscheidung von Leistungen nach dem SGB II und den Leistungen des SGB VIII gilt Folgendes:

- Sowohl die Eingliederungsleistungen des SGB II als auch die Angebote der Jugendhilfe, insbesondere der Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII haben einen eigenständigen Anwendungsbereich und können / müssen im Einzelfall auch parallel erbracht werden.
- SGB II und SGB VIII haben unterschiedliche Zielrichtungen, Grundsätze und Leistungen. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist in ihrer Zielsetzung auf eine (Wieder-) Eingliederung in den Arbeits-/Ausbildungsmarkt und die damit verbundene Überwindung der Hilfebedürftigkeit geprägt. Die Jugendhilfe spricht demgegenüber von einem Recht auf Förderung der Entwicklung eines Jugendlichen und seiner Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.
- Die in § 10 Absatz 3 SGB VIII normierte Vorrangigkeit spezifischer Eingliederungsleistungen des SGB II bedeutet nicht, dass für alle Empfänger von Arbeitslosengeld II sozialpädagogische Leistungen der Jugendhilfe nachrangig oder obsolet sind, oder zu Kann-Leistungen würden. Es handelt sich bei § 10 Absatz 3 SGB VIII vielmehr um eine Kollisionsnorm, die den Fall regelt, dass Leistungskonkurrenzen tatsächlich auftreten, d.h. identische Leistungen sowohl vom SGB II- als auch vom SGB VIII-Träger im Einzelfall beansprucht werden können. Nur bei identischem Sinn und Zweck der konkurrierenden Leistungen ist der SGB II-Träger vorrangig zuständig. In allen anderen Fällen bleibt der Träger

der Jugendhilfe grundsätzlich zur Leistung verpflichtet (§ 10 Absatz 3 Satz 1 SGB VIII).

- Soweit also im Rahmen der SGB II-Leistung auch sozialpädagogische Unterstützung zur Eingliederung in Arbeit gewährt wird und die Leistung tatsächlich den konkreten Bedarf des jungen Menschen zur Eingliederung in Arbeit deckt, besteht keine Notwendigkeit, daneben noch Jugendhilfeleistungen zu erbringen. Ist dies der Fall, so gilt gemäß § 10 Absatz 3 Satz 2 SGB VIII der Vorrang der SGB II-Leistungen. Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Jugendberufshilfe nach § 13 SGB VIII an spezifische Voraussetzungen gebunden ist, die in der Regel im Verhältnis zum SGB II zu einem weitergehenden Leistungsangebot führen. Dieser weitergehende Leistungsumfang kann unter Hinweis auf die Leistungen des SGB II auch nicht beendet oder reduziert werden, da das SGB II entsprechende Angebote gerade nicht vorhält und sich die Frage des Vorrangs in diesem Fall nicht stellt. Für sozialpädagogische ergänzende Leistungen sind die Träger der Jugendhilfe vielmehr neben dem SGB II-Träger zuständig.

III. Weitere Gestaltung der gemeinsamen Finanzierung der Jugendwerkstätten

Das Finanzierungsmodell des Gesamtkonstrukts „Jugendwerkstatt“ - aus Mitteln des SGB II, VIII, ESF und ggf. weiteren ist in Anlage 1 veranschaulicht. Das Konzept „Jugendwerkstatt“ sieht vor, dass die unterschiedlichen Leistungen zu einem ganzheitlichen Angebot gebündelt werden. Dies ist ein zielgruppenadäquater Ansatz, da die jungen Menschen von reinen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten ebenso schwer erreichbar sind wie von reinen Jugendhilfemaßnahmen. Erst die Kombination von Beschäftigung, Qualifizierung, Bildung und Stabilisierung bietet eine passgenaue Unterstützung und schafft Synergien, die mit der jeweiligen einzelnen Maßnahme nicht zu erreichen wären. Land und SGB II-Träger finanzieren die jeweils nach dem einschlägigen Sozialgesetzbuch bzw. der Förderrichtlinie förderfähigen Leistungen. Ggf. fließen ergänzend Gelder Dritter (bspw. Stiftungen, kommunale Träger o.ä.) in die Finanzierung ein.

Die Fördermittel der verschiedenen Leistungsträger ergänzen sich zur Gesamtfinanzierung der Jugendwerkstatt. Die Voraussetzungen für eine Förderung mit Landes-/ ESF-Mitteln wären grundsätzlich gegeben.

Der Finanzierungsanteil des Jobcenters wird über die gesetzlich geregelten Leistungen zur Eingliederung in Arbeit für die Teilnehmer in die Jugendwerkstatt eingebracht.

IV. Vergaberecht; Möglichkeit der freihändigen Vergabe in Verbindung mit einer „vorteilhaften Gelegenheit“

Bei der Beauftragung von Maßnahmen in Jugendwerkstätten durch die Jobcenter findet das Vergaberecht Anwendung. Welches Vergabeverfahren genutzt wird, muss im Einzelfall geprüft werden. Das Vergaberecht sieht neben dem Verfahren einer öffentlichen Ausschreibung auch die Möglichkeit der beschränkten Ausschreibung bzw. der freihändigen Vergabe vor. Das Vorliegen einer vorteilhaften Gelegenheit ist immer im Einzelfall zu prüfen. Die Konzepte der Jugendwerkstätten sind sehr unterschiedlich. Dies gilt auch für Ausgestaltung der die Kosten einer Jugendwerkstatt beeinflussenden Faktoren (z. B. Teilnehmerzahlen, Zielgruppe, konzeptionelle Ausrichtung u. s. w.). Eine allgemeine Aussage zu der Frage, ab welcher Angebotshöhe von einer vorteilhaften Gelegenheit auszugehen ist, kann nicht getroffen werden. Entscheidend ist, dass die Beschaffung zu einem erheblich unter dem marktüblichen liegenden Preis erfolgen kann, als dieses bei einer Ausschreibung möglich wäre.

Die Einzelfallprüfung umfasst eine konkretisierte Leistungsbeschreibung des Jobcenters und ein Preisangebot der Jugendwerkstatt. Dabei ist zu beachten, dass unterschiedliche Leistungsbeschreibungen unterschiedliche Angebotspreise zur Folge haben können.

Die Leistungsbeschreibung wird durch das Jobcenter (bei gemeinsamen Einrichtungen ggf. unter Mitwirkung des beauftragten Regionalen Einkaufszentrums, (REZ) anhand der vorgegebenen Parameter des konkreten Basisinstrumentes erarbeitet. Zum allgemeinen Verständnis wurde die Grundstruktur einer beispielhaften Leistungsbeschreibung durch die Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen erarbeitet und ist als Anlage 2 beigefügt. Der Ablauf der Weiterförderung im Rahmen einer freihändigen Vergabe i. V. m. einer vorteilhaften Gelegenheit kann nach folgendem Schema erfolgen:

- Die Jobcenter als Auftraggeber legen eine konkrete Leistungsbeschreibung für die von ihnen benötigte Maßnahme „Jugendwerkstatt“ fest (siehe Beispiel Anlage 2).
- Im Falle der gemeinsamen Einrichtungen würde das ggf. beauftragte REZ das Vergabeverfahren durchführen (dazu gehört auch die Prüfung der Voraussetzungen für eine freihändige Vergabe i. V. m. einer vorteilhaften Gelegenheit), den Vertragsabschluss herbeiführen und die Vertragsdurchführung begleiten.
- Bei den Jobcentern in der Organisationsform „zugelassene kommunale Träger“ wäre dies lokal eigenverantwortlich abzuwickeln.

V. Zur Abrechnung des Trägers der Jugendwerkstatt mit N-Bank bzw. dem JC

Die Umstellung auf die einschlägigen Instrumente des SGB III bzw. SGB II ändert nichts am bisherigen Abrechnungsverfahren. Wie bisher erfolgt die Abrechnung gegenüber den finanzierenden Stellen.

Insbesondere hat die künftige Finanzierung - ggf. auf veränderter Rechtsgrundlage (bspw. § 16 SGB II i. V. m. § 45 SGB III anstelle bisher § 16d SGB II) - grundsätzlich keine Auswirkungen auf die laufenden Bewilligungsbescheide. Änderungen sind gegenüber der N-Bank - wie bisher- in den von der N-Bank verlangten Fällen anzuzeigen. Auswirkungen auf die laufende Bewilligung könnten sich ggf. bei gravierenden Anpassungen der Maßnahmen und ggf. Wegfall von Fördervoraussetzungen ergeben.

VI. Trägerzertifizierung

Maßnahmeträger bedürfen nach § 176 ff. SGB III seit dem 1. April 2012 (bei Vergabemaßnahmen gemäß der Übergangsregelung in § 443 Absatz 3 SGB III ab dem 1. Januar 2013) der Zulassung durch eine Fachkundige Stelle, um Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung durchzuführen oder durchführen zu lassen.

Trägerzulassung bei öffentlichen Trägern

Für die Frage, wer als Träger einer Maßnahme der Arbeitsförderung künftig eine Zulassung nach den §§ 176 ff. SGB III vorweisen muss, ist entscheidend, wer Träger nach dem SGB III sein kann. Nach § 21 SGB III sind Träger juristische Personen des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts oder Personengesellschaften. Eine einzelne Abteilung innerhalb einer Gebietskörperschaft gilt nicht als rechtsfähig und damit als keine juristische Person. Einzelne Abteilungen einer Gebietskörperschaft können daher weder Träger i. S. d. § 21 SGB III sein und Maßnahmen der Arbeitsförderung anbieten noch für sich allein eine Zulassung beanspruchen. Vielmehr handelt es sich bei den Trägern dieser Einrichtungen oder Abteilungen um die juristische Person des öffentlichen Rechts. Nur sie können Träger nach § 21 SGB III sein und Maßnahmen der Arbeitsförderung selbst durchführen oder durchführen lassen. Daher ist es folgerichtig - sowohl nach bisherigen als auch nach neuem Recht - wenn in diesem Fall die jeweilige Gebietskörperschaft die Zulassung für diese Abteilung beantragen kann. Eine Prüfung des gesamten "Apparates" der Gebietskörperschaft ist damit nicht verbunden.